

Häusliche Betreuung: Regierung bleibt Betroffenen bessere Unterstützung schuldig

Soziales Mit einem Postulat wollte die FBP die häusliche Betreuung und Pflege verbessern. Doch die Signale des federführenden Ressorts Soziales unter Regierungsrätin Renate Müssner dürften für die Betroffenen wenig ermutigend sein.

VON HOLGER FRANKE

Acht Monate hat die Beantwortung des FBP-Postulates gedauert. Zwar ist die Beantwortung weitestgehend schlüssig ausgefallen, die Regierung erkennt punktuellen Handlungsbedarf an, nur Nutzen wird dies den Betroffenen nicht. Im Kern wollte

die FBP-Fraktion bei der häuslichen Betreuung und Pflege Verbesserungen erwirken, insbesondere im Hinblick auf eine Entlastung der Betroffenen bei den administrativen Aufgaben, die durch das Arbeitsverhältnis zwischen Pflegenden und Pflegebedürftigen entstehen. Darüber hinaus sollte geprüft werden, ob die Personalsuche künftig effektiver gestaltet werden könnte - auch im Hinblick auf mögliche Sonderregelungen, um den Bedarf auch durch ausländisches Pflegepersonal zu decken. In ihrer Argumentation führt die Regierung durchaus nachvollziehbar aus, dass ein arbeitsrechtlicher Sonderstatus nicht möglich sei, um kein

«Mir ist von vielen Betroffenen versichert worden, wie kompliziert alles sei.»

DORIS FROMMELT
FBP-LANDTAGSABGEORDNETE

Präjudiz zu schaffen, Arbeitnehmer natürlich auch entsprechende Rechte haben, der Bedarf aber ohnehin gering sei. «Es heisst widersprüchlich, dass wenig Hilfe bei der Administration nötig sei, aber dass man die Probleme kenne», kommentiert die FBP-Abgeordnete Doris Frommelt die Beantwortung der Regierung gegenüber dem «Volksblatt». Im Hinblick auf einen sogenannten Pool für Betreuungs- und Pflegepersonal, der zahlreiche Vorteile mit sich brächte, sieht die Regierung allerdings durchaus Handlungsbedarf. Zwar seien die Familienhilfen «derzeit grundsätzlich gut aufgestellt», allerdings seien sie den künftigen

Anforderungen nicht gewachsen. So soll in Zukunft ein einziger zentraler Verein die entsprechenden Strukturen vereinen und optimieren. Einen Zeitplan hierfür nennt die Regierung allerdings nicht. Im Hinblick auf einen befristeten ausländerrechtlichen Sonderstatus für Betreuungs- und Pflegepersonal winkt die Regierung aber eindeutig mit dem Hinweis auf die entsprechende Gesetzeslage ab. «Es muss aber eine Lösung gefunden werden - Unser Postulat will ja gerade illegale Arbeitsverhältnisse verhindern», betont Doris Frommelt das Ansinnen. Unter dem Strich bleibt also, dass das Postulat zwar beantwortet wurde, kurzfristig jedoch keine Verbesserungen in Sicht sind. Für viele Betroffene dürfte dies wohl zu wenig sein.